



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster, Dr. Herbert Kränzlein, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Dr. Linus Förster, Martin Güll, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Ruth Müller, Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian Ritter, Georg Rosenthal, Reinhold Strobl, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Herbert Woerlein SPD**

Haushaltsplan 2017/2018;

hier: Justizvollzugsanstalten:

**20 neue Planstellen für Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen in den Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 04 05 (Justizvollzugsanstalten) werden im Stellenplan im Tit. 422 01 (Planmäßige Beamte) im Jahr 2017 und im Jahr 2018 20 Planstellen für Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen der BesGr. A 9 neu ausgebracht.

Infolge der neuen Planstellen erhöht sich die Stellenzahl der BesGr. A 9 (Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen) in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 von jeweils 77,67 auf jeweils 97,67 Planstellen.

Die neu ausgebrachten Planstellen sind abweichend von Art. 6 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzentwurfs Haushaltsgesetz 2017/2018 zum 1. Oktober 2017 besetzbar.

Zur Finanzierung der neuen Planstellen werden im Kap. 04 05 im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) der Ansatz im Haushaltsjahr 2017 von 203.997,6 Tsd. Euro um 168,5 Euro auf 204.166,1 Tsd. Euro und im Haushaltsjahr 2018 von 207.931,3 Tsd. Euro um 674,0 Tsd. Euro auf 208.605,3 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Wegen der sehr angespannten Personalsituation im Vollzugs- und Verwaltungsdienst in den Justizvollzugsanstalten sowie für eine effektive Referatsleitung und zur Bewältigung der zunehmenden Aufgaben werden 20 Stellen für Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen (3. Qualifikationsebene, Fachlaufbahn Justiz, fachlicher Schwerpunkt Vollzugs- und Verwaltungsdienst (früher: gehobener Verwaltungsdienst) in den Justizvollzugsanstalten) neu geschaffen.